

## Mittelmeerraum

Vorsitzender : G. Ducrey

Berichterstatter : H. Reimann

### 1) Einleitung : Euro-arabischer Dialog

Möglichkeiten und Grenzen der Annäherung

Relevant geschichtlicher Ausgangspunkt ist ein in Nord-Süd-Richtung trennendes Erbe im Mittelmeerraum, verursacht durch gegenseitige Ausübung von Machtansprüchen. In neuerer Zeit haben sich jedoch, nicht zuletzt auch unfreiwillig im Zuge der Kolonialisierung, Anfänge eines gemeinsamen kulturpolitischen Substrates herangebildet, das es zu erkennen gilt, weil es allen politischen Peripetien getrotzt hat und somit Grundlage für ein gemeinsames politisches Handeln im Mittelmeerraum bilden kann.

Aus noch neuerer Zeit stammt eine ost-westliche Zweiteilung des Mittelmeeres, gekennzeichnet im Westen durch verschiedene Versuche regionaler Nord-Süd-Zusammenarbeit, im Osten durch den Palästinakonflikt sowie durch die Sonderstellung der Türkei, die nicht nur nach Westen blickt, sondern als islamisches Land eine noch wichtigere Stellung als früher in Richtung Süden der ehemaligen UdSSR einnimmt und damit eine nicht mehr übersehbare und nicht mehr wegdenkbare sicherheitspolitische Aufgabe erfüllt.

Aus der geschichtlichen Entwicklung hat bei den Süd- und Ostanliegern oft ein Gefühl der Invasion von aussen aus dem überlegenen Westen, in neuerer Zeit auch bei einigen ein Gefühl des Verlassenseins resultiert, das seinerseits nach besseren kollektiven Sicherheitspolitiken tendiert.

Die heute bestehende Promiskuität und die tatsächlichen Verhältnisse, denen niemand entrinnen kann, verstärken vielleicht noch das Gefühl, Opfer einer kulturpolitischen, wirtschaftlichen und machtmässigen Invasion zu sein.

Ebenso steht aber in positiver Betrachtungsweise fest, dass auch das Gebot der Zusammenarbeit und damit des Dialoges eine unsweichliche Befolgung verlangt.

Alleine, Schwierigkeiten ergeben sich schon beim Abtasten der tragfähigen Grundlagen für einen Dialog. Es gibt nicht die Araber und nicht den Islam. Es ist auch nicht



zutreffend, dass alle arabisch-islamischen Staaten wesensmässig von alter Zeit her auf Willkür aufgebaut sind, von der sich zwar, umgekehrt gesagt, einige von ihnen bis heute noch nicht gelöst haben. Ueberdies ist das Gefühl, Opfer der beschriebenen Invasion zu sein, teilweise auch ein weltweites Dritt-Welt-Phänomen und damit nicht ausschliesslich spezifisch der Mittelmeerregion zugehörig. Schliesslich kann der Dialog auch nicht mit einem Gespräch über die drei "religions du livre" beginnen. Entmutigende Erfahrungen haben gezeigt, dass solche Diskurse bisher meist auf der Grundlage geführt wurden, dass das Ziel der Annäherung erreicht wird "wenn Du so wirst, wie ich bin".

Aufgenommen werden muss der Dialog damit zwangsläufig auf der Basis gemeinsamer Interessen, die im übrigen reichlicher als allgemein angenommen vorhanden sind. Er wird damit in den Anfängen sektoriell und konkret sein.

## 2) Krisenherde

Deren Lösung bzw. Verhinderung ihrer Entstehung.

Es gilt, die Grundübel zu erfassen und sich zu deren Analyse interdisziplinärer Gedanken zu bedienen. Die Lage ist generell durch eine Ungewissheit gekennzeichnet, die grösser ist als zuvor und auf die es sich einzustellen gilt.

Militärisch stellt sich die Lage im westlichen Mittelmeer etwas anders dar als im östlichen Teil. Die amerikanische Dominanz zur See ist bestimmend.

Die Ungewissheit wird noch verstärkt durch andere Vorgaben:

- militärische Konflikte in der Region gab es schon früher
- die Rüstungsausgaben im Süden dauern an
- der Rüstungswettlauf hat einen Destabilisierungsaspekt
- die Reichweite von Trägersystemen schafft zusätzliches Gefahrenpotential
- selbst innerstaatliche Konflikte können dank moderner Waffensysteme grenzüberschreitend eskalieren
- in europäischen Ländern bereits bestehende Bewegungen, die einer 5. Kolonne ähneln, sind unter dem Gesichtspunkt des Terrorismus wichtig.

Der Faktor Erdöl hat nicht nur wirtschaftliche Bedeutung. Er ist vorab für die USA von entscheidender geostrategischer Bedeutung und führt die Supermacht dazu, in Rüstungsfragen einzelne Länder ungleich zu behandeln, was das Gefahrenpotential

erheblich verstärkt. Mit dem Ansatz einer amerikanisch-iranischen Annäherung ist erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu rechnen.

Mögliche Krisenherde müssen aber auch auf dem Hintergrund der Demographieexplosion im Süden und dem islamischen Militantismus gesehen werden.

Weitere Krisenherde können sich aus dem stetig anwachsenden Drogenhandel ergeben.

Ein besonderes Problem ist der andauernde israelisch-arabische Konflikt.

Dessen Lösung hängt entscheidend von der Haltung der USA ab, die auch von der Voraussetzung ausgehen, dass solange es keine Kohabitation zwischen Israel und der Arabischen Welt gibt, das Problem bestehen bleibt, die Lösung also politisch sein muss. Im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat der amerikanische Druck auf Israel nachgelassen. Gegenwärtig setzen die USA auf die Verbesserung der Verhältnisse Israels mit den Palästinensern; Syrien und Libanon werden in der Bedeutung vorerst zurückgestellt. In dieser Verhandlungsführung besteht nicht zwangsläufig eine Interessengleichheit zwischen den USA und den europäischen Staaten.

Der Iran bleibt ein bedeutender Faktor. Nach den Wahlen werden die USA zwangsläufig ihre Beziehungen zu diesem Land hinterfragen müssen, das nicht nur auf den Nahen Osten, sondern auch auf die Region des persischen Golfes austrahlt und darüber hinaus eine militant islamische Botschaft verfiicht. Inwieweit die iranische Führung von diesem letzteren Anspruch Abstand nehmen kann, ist fraglich, weil sie gleichzeitig Feindbilder impliziert, die der Bewegung notwendig sind.

Vorbeugung in bezug auf eventuelle Krisenherde bedingt Rüstungskontrolle und Verhinderung der Proliferation von ABC-Waffen sowie von Trägermitteln immer grösserer Reichweite und Zielgenauigkeit.

Generell politisch gesehen stellt sich für die Schweiz zudem die Frage, inwieweit sie sich an der Sanktionenpolitik von Staatengruppen oder an sogenannte Solidaritätsaktionen beteiligen kann und nicht. Solange sie weder Mitglied der UNO noch der EG ist, gibt es in der Verfolgung einer entsprechenden Politik deutliche Grenzen.

### 3) Die Entwicklung der Situation

Bis zum Jahr 2025 werden in Nordafrika mehr als halb so viele Menschen leben wie im Europa der EG- und EFTA-Länder zusammen.

Damit erweist sich die Theorie des demographischen Ueberganges (Stabilisierung auf tieferem Niveau bei der Entwicklung von der Agrargesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft) nicht nur als wackelig, sondern alles deutet darauf hin, dass wir in den nächsten Jahrzehnten mit eben diesem gewaltigen Anwachsen einer weitgehend arbeitslosen jungen Bevölkerung in Nordafrika rechnen müssen.

Weder die Schweiz noch die anderen europäischen Länder können dieser Tendenz nur mit einer verschärften Einwanderungspolitik und einer wachsenden technischen Zusammenarbeit mit den Ursprungsländern begegnen. Selbst wenn man noch die Mittel der Finanzhilfen zusätzlich einbrächte, deutet vieles darauf hin, dass ein befriedigendes Ergebnis nicht erreicht werden könnte. Der enorme Migrationsdruck, der in Ansätzen schon heute nördlichen Mittelmeerländern wie Frankreich und Spanien zu schaffen macht, wäre schlicht und einfach stärker.

Leider verfügen wir auch über keine verlässlichen Indizien, die darauf hinwiesen, dass in Zukunft die wirtschaftlichen Disparitäten kleiner würden. Algerien, um nur ein Beispiel zu nennen, hat in seiner Industrialisierungspolitik einen so tiefen Rückschlag erlitten, dass auf weite Strecken nur noch ein Scherbenhaufen übrig geblieben ist. Nach wie vor stammt das Deviseneinkommen fast ausschliesslich von Erdöl- und Erdgasexporten. Und der Schuldendienst bleibt mehr als drückend, da ein Abbau der Schuldenberge für die südlichen Mittelmeerländer nicht am Horizont erscheint.

Die Entwicklung der Situation auf den Gebieten der wirtschaftlichen Disparitäten, der Demographie und der Migration muss deshalb pessimistisch eingeschätzt werden.

### 4) Bilanz für eine schweizerische Politik

Die Behandlung der Punkte 1 bis 3 haben eindeutig gezeigt, dass eine der Hauptgrundlagen für eine verstärkte schweizerische Mittelmeerpolitik einem Anliegen der Sicherheitspolitik entspricht, die geopolitische, militärische, demographische, wirtschaftliche und kulturelle Hintergründe aufweist.

Der Ansatz einer adäquaten Politik kann nicht nur bilateral sein. Unter dem Zeichen einer möglichen multilateralen Beteiligung ist die Mitwirkung bei der Schaffung neuer spezifischer Institutionen denkbar, wie z.B. einer mittelöstlichen Entwicklungsbank, die das Schwergewicht ihrer Tätigkeit etwa auf die Bewirtschaftung der immer knapper werdenden, aber lebenswichtigen Wasserreserven und auf Infrastrukturaufgaben wie das Transportwesen im weitesten Sinne legen könnte.

Ganz im Vordergrund steht die Verbesserung und Bewahrung der Umwelt. Hier sind sowohl multilaterale wie bilaterale Leistungen der Schweiz denkbar, die nach Möglichkeit einen "job creating"-Effekt haben sollten, damit gleichzeitig auch ein konkreter Beitrag zur Bekämpfung der massiven - und ständig ansteigenden - Arbeitslosigkeit geleistet werden kann. Die Abklärung konkreter derartiger Projekte hat bereits begonnen.

Selbstverständlich stehen wie bisher die Mittel der bilateralen Spezialkredite für Umweltfragen und die Kleinkredite zur Verfügung.

Auch wenn das Schwergewicht zumindest in einer ersten Etappe auf Aktionen, die wenig kosten aber dennoch wirksam sind (z.B. Zusammenarbeit im Universitätsbereich) zu legen ist, erscheint eine beachtliche Aufstockung der finanziellen Mittel unausweichlich. Dies umso mehr, als auch Handel und Industrie auf Schweizer Seite miteingebunden werden sollen, zu diesem Zwecke aber weder die ERG noch der IRG bemüht werden können.

Damit reden wir einem sektoriellen Approach (s. auch oben Punkt 1) das Wort.

Bedeutend verstärkt werden müssen aber auch die kulturelle Zusammenarbeit und die politischen Kontakte. Gerade eine fruchtbare kulturelle Zusammenarbeit wird tiefere Spuren hinterlassen, als wir bei der heutigen Lage der Dinge, die durch eine zu grosse schweizerische Abstinenz gekennzeichnet ist, vermuten können. Sie sind der spezifische Ausdruck eines partnerschaftlichen Verhältnisses in der Mittelmeerregion, das wir mit allen Mitteln anstreben sollen. Denn in der Partnerschaft erfüllt sich par excellence das sicherheitspolitische Anliegen der Schweiz in der für sie - und für Europa ganz allgemein - immer wichtiger werdenden Mittelmeerregion.